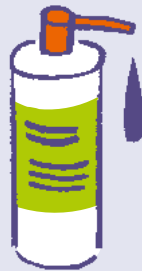


Corona-Pandemie als kommunale Herausforderung

Plädoyer für eine starke Sozialplanung







Ausgangspunkt

Im Umgang mit der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass die Situation – neben den offensichtlichen gesundheitlichen Herausforderungen – auch zu einer sozialen Krise mit tiefgreifenden und langfristigen Folgen für die Gesellschaft führt.¹ Derartige Krisen stellen auch die kommunalen Verwaltungen vor enorme Herausforderungen. Sie sind gefragt, zügig und bedarfsgerecht zu reagieren. Dies kann eine kommunale integrierte Sozialplanung leisten.

Worum geht es in der Studie?

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die integrierte Sozialplanung in Thüringen.

Wer wurde befragt?

Planungsfachkräfte aus Thüringen. An der Studie haben vorwiegend Planungsfachkräfte teilgenommen, die in den landes- und ESF-geförderten Programmen LSZ, ARM, und ThILIK² tätig sind. Die Gesamterhebung zeichnet ein Bild aus 15 von 23 Kommunalverwaltungen der Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte.

Wie wurde befragt?

Zweistufiges Mixed-Methods-Design:



ONLINEUMFRAGE
(Mai 2020)



N=31 | Standardisierter Fragebogen

VERTIEFENDE GRUPPEN-DISKUSSSIONEN
(Juni 2020)



N=10 | Telefon und Video

¹ Siehe bspw. Bielefelder Erklärung 2020, „Soz Päd Corona“ (Hünersdorf/Täubing 2020), verschiedene Thüringer Studien bspw. zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Lage der Bevölkerung oder der familiären Situation in Zeiten von Kita- und Schulschließungen (vgl. Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft 2020), Andresen et al. 2020a und b, Heisig 2020.

² Armutsprävention in Thüringen (ARM), gefördert über die Armutspräventionsrichtlinie des Europäischen Sozialfonds (ESF), Thüringer Initiative für lokales Integrationsmanagement in den Kommunen (ThILIK), gefördert aus Landesmitteln und Bestandteil der ESF-Armutspräventionsrichtlinie, sowie das Thüringer Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ).

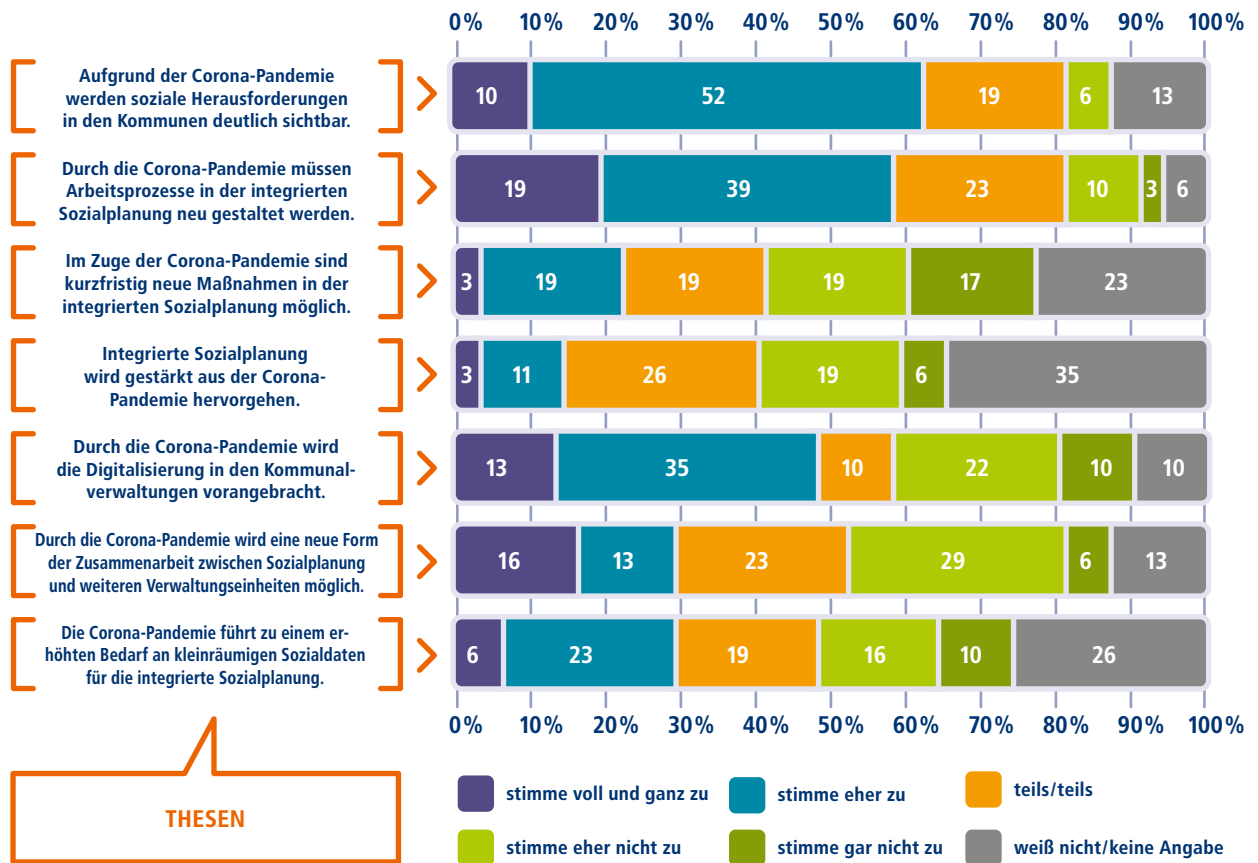
Die Pandemie hat auf kommunaler Ebene zu einer Vielzahl an Reaktionen geführt, z.B. der Einrichtung von Krisenstäben mit einem Fokus auf Gesundheit oder zur akuten Betonung von Digitalisierung. Für die Sozialplanung bedeutet dies, dass die veränderte Situation gedeutet sowie Ableitungen für die eigene Arbeitsfähigkeit getroffen und auf die strukturellen Veränderungen innerhalb der eigenen Kommunalverwaltung reagiert werden muss. Gleichzeitig sind die Bedarfe der Bevölkerung im Blick zu behalten und die Abstimmung mit den Netzwerkpartner*innen zur Nutzung der bereitgestellten Leistungen und Angebote aufrechtzuerhalten.

Die bundesweiten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen führten zu einer Abkehr vom üblichen modus operandi in der Sozialplanung. Angesichts der neuartigen Situation führte das Institut für kommunale Planung und Entwicklung e.V. (IKPE) eine empirische Studie durch, welche erstmals die coronabedingten Veränderungen in der Sozialplanung in Thüringen erfasst. Die Befragung ist Bestandteil der wissenschaftlichen Begleitung von Sozialplaner*innen in 22 von 23 Landkreisen und kreisfreien Städten des Freistaats Thüringen durch das IKPE. Kommunale Akteure aus den Arbeitsbereichen Soziales, Integration, Familie und Gesundheit werden vom IKPE beraten und unterstützt, finanziert durch den Europäischen Sozialfonds und zwei Landesprogramme.

Den Ausgangspunkt der Studie bildeten sieben vom IKPE aus der Prozessbegleitung abgeleitete Thesen (vgl. Grafik 1).



GRAFIK 1 | AUSGANGSTHESEN DER ONLINEUMFRAGE UND EINSCHÄTZUNGEN DER PLANER*INNEN



Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf den Ergebnissen der Onlineumfrage.

FÜNF ERKENNTNISSE AUS DER STUDIE

1 Proaktivität zahlt sich aus

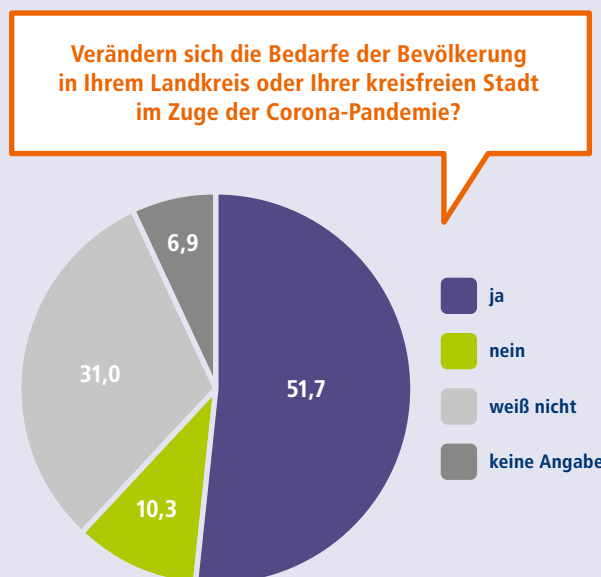
Für 62 Prozent der Befragten werden die sozialen Herausforderungen in den Kommunen aufgrund der Corona-Pandemie deutlich sichtbar. Sechs Prozent verneinen hingegen, dass sich durch die Pandemie die Wahrnehmung von sozialen Herausforderungen verändert (vgl. Grafik 1).

Über die Hälfte der Sozialplaner*innen (51,7 Prozent) gibt an, dass sie Veränderungen im Hinblick auf die Bedarfe der Bevölkerung in ihrem Landkreis oder ihrer kreisfreien Stadt wahrnimmt, wobei im Zuge der Pandemie allerdings weniger neue Bedarfe identifiziert werden, sondern sich bereits bestehende Herausforderungen eher verschärft haben (vgl. Grafik 2).

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben bisherige Verfahren und Prozesse der Datenerhebung und der zielgruppenspezifischen Bedarfserfassung zum Teil ausgehebelt, zumindest aber eingeschränkt. Waren Sozialplaner*innen jedoch in entsprechende Netzwerke eingebunden und auch selbst für die Koordination von Maßnahmen zuständig, konnten sie die Bedarfe der verschiedenen Zielgruppen vergleichsweise schnell identifizieren. Hilfreich waren hierbei Hintergrundinformationen sowie Erkenntnisse aus ersten allgemeinen wissenschaftlichen Studien. Insbesondere wenn die Planer*innen proaktiv auf die Leistungserbringer und Netzwerkpartner*innen zugehen, konnten auf informellem Weg zügig Informationen über Bedarfe der

Bevölkerung gewonnen, gebündelt und zielgerichtet an jeweils relevante Akteure weitergegeben werden. Zusätzlich zu den informellen Wegen konnten die Sozialplaner*innen auf Analysen zur sozialen Lage der Bevölkerung aus vorherigen Planungsprozessen zurückgreifen. Mit Blick sowohl auf den Aufbau von Netzwerkstrukturen als auch auf das Wissen um lokale Bedarfslagen wird ersichtlich, dass Sozialplanung nicht nur einen langfristigen Nutzen hat, sondern eben auch einen kurzfristigen, der in Krisensituationen produktiv zum Vorteil der Bevölkerung genutzt werden kann.

GRAFIK 2 | WAHRNEHMUNG DER BEDARFE DER BEVÖLKERUNG DURCH DIE SOZIALPLANER*INNEN



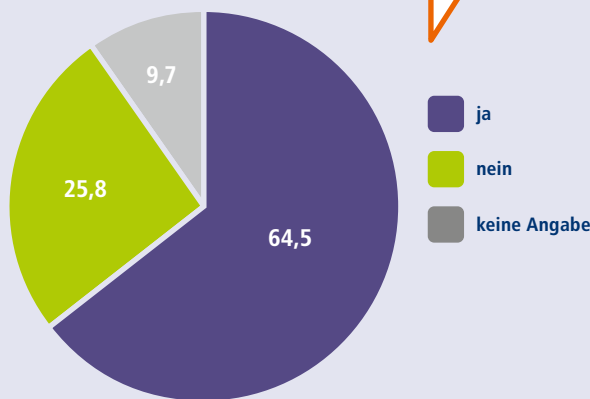
Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf den Ergebnissen der Onlineumfrage.

2

Unmögliches wird möglich – Neugestaltung von Arbeitsprozessen

GRAFIK 3 | EINSCHÄTZUNG DER VERÄNDERUNGEN IN DER GESTALTUNG DES ARBEITSALLTAGS DER SOZIALPLANER*INNEN

Sind im Zuge der Corona-Pandemie Veränderungen in der Gestaltung Ihres Arbeitsalltages aufgetreten (z.B. Home Office, Abordnung, Videokonferenz, Vereinbarkeit Familie und Beruf)?



Ein großer Teil der Befragten gibt an, dass Arbeitsprozesse vor dem Hintergrund der Pandemie neugestaltet werden müssen. Während 58 Prozent der These zur Neugestaltung von Arbeitsprozessen in der kommunalen Sozialplanung „eher“ bis „voll und ganz“ zustimmen, antworten 21 Prozent mit „teils/teils“. 13 Prozent der Planer*innen widersprechen der Aussage. Nahezu die Hälfte der Planer*innen stimmt der Aussage zu, dass die Digitalisierung durch die neue Situation vorangebracht wird. Allerdings geht ein Drittel der Planer*innen von keinen Veränderungen in diesem Bereich aus (vgl. Grafik 1). Konkret bedeutet dies, dass entgegen bisheriger Gepflogenheiten nun Gestaltungsspielräume in den Kommunalverwaltungen vorhanden sind und somit plötzlich alternative Arbeits(platz)modelle parallel nebeneinanderstehen. Zuvor vermeintlich Unmögliches wurde nun innerhalb kurzer Zeit möglich gemacht, wie in den Gruppendiskussionen klar wird: ³

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf den Ergebnissen der Onlineumfrage.

„Gerade in der Verwaltung gab es da ja nie Digitalisierung und jetzt kam Corona und dann musste man sich irgendwie schnell etwas überlegen. Also ich glaube, dass davon vielleicht auch etwas Positives herausgezogen werden kann. Ich hoffe es zumindest.“

Die Infektionsschutzverordnungen bedeuten für die meisten Sozialplaner*innen einen Wechsel vom Büro ins Homeoffice – häufig trotz fehlender technischer Ausstattung. Mangelt es einerseits im Büro bspw. an Kameras für Videokonferenzen, gibt es andererseits daheim nicht unbedingt einen vollumfänglich eingerichteten Arbeitsplatz mit Zugriff auf dienstliche E-Mails oder Server. Probleme treten somit auf allen Ebenen auf: Hardware, Software, Arbeitsprozesse. So berichten in der Onlineumfrage dann auch nahezu zwei Drittel der Befragten (64,5 Prozent), dass die Pandemie zu Veränderungen in ihrem Arbeitsalltag führe (vgl. Grafik 3).⁴ Auch bedeutet dieser Arbeitsplatzwechsel bei gleichzeitiger Schließung von Betreuung- und Bildungseinrichtungen für Kinder (Schule und KiTa) eine enorme Herausforderung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.⁵

³ Zur besseren Lesbarkeit sind die verwendeten Zitate sprachlich angepasst. Der Sinn der Aussagen wird dadurch nicht verändert.

⁴ Vgl. a. Fischer/Kretzschmar/Rompczyk, i. E.

⁵ Vgl. ebd.

3

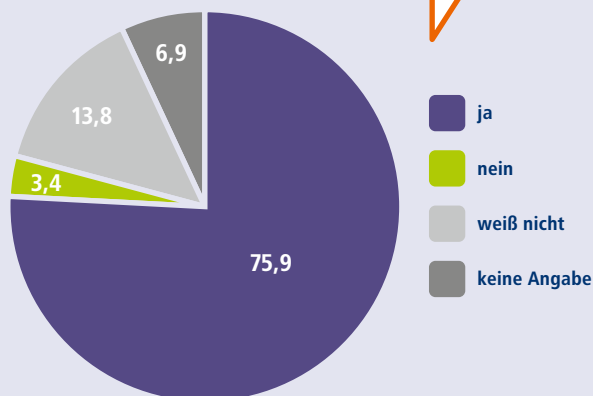
Sozialplanung lebt von tragfähigen Netzwerkstrukturen

Aufgrund der erschwerten Arbeitsbedingungen während der Pandemie war der Kontakt zu den Netzwerkpartner*innen im Rahmen formeller Gremienarbeit oft nur rudimentär aufrechtzuerhalten. Stattdessen wurde – so ein Ergebnis der Gruppendiskussionen – der Arbeitsschwerpunkt v. a. zu Beginn der Pandemie auf inhaltlich-konzeptionelle Arbeit gelegt. Eine Annäherung an die gewohnten Abläufe kam erst wieder mit der Aufhebung von Kontaktbeschränkungen und verbesserter technischer Ausstattung zustande.

Unter dem Schlagwort ‚Vernetzung‘ verweisen die Planer*innen immer wieder auf den Aspekt von Beziehungsarbeit. Obwohl dabei die Angewiesenheit auf formelle Netzwerke (z.B. Gremien und Beiräte) betont wird, legen die Interviewpartner*innen in ihren Aussagen ebenso hohen Wert auf die Inanspruchnahme informeller Austauschmöglichkeiten. Ein produktiver Ansatz, um Vernetzung künftig zu stärken, liegt daher in der konzeptionellen Berücksichtigung nicht-formeller Kommunikationswege. Es gilt hierbei, die Erkenntnisse aus dem Krisenmodus in die Arbeit des Regelmodus zu überführen.⁶

GRAFIK 4 | EINSCHÄTZUNG DER AUSWIRKUNGEN DER PANDEMIE AUF BETEILIGUNGSPROZESSE

Hat die Corona-Pandemie Auswirkungen auf Beteiligungsprozesse in Ihrem Landkreis oder Ihrer kreisfreien Stadt?



In der Corona-Pandemie wurde sehr deutlich, dass Sozialplanung auf ein tragfähiges Gerüst von Netzwerkstrukturen mit verschiedenen Partner*innen angewiesen ist, welches mancherorts aber auch bereits aufgebaut wurde.⁷ Laut Aussage der Planungsfachkräfte sind diese Netzwerkpartner*innen für ihre alltägliche Arbeit unabdingbar, da es nicht möglich sei, Vorhaben ohne Absprache umzusetzen. Daher rückte nun der informelle Austausch – unter Zuhilfenahme digitaler Kommunikationsmittel – in den Vordergrund.

„Dabei zeigte sich, dass jene Planungsfachkräfte, die schon vor dem Einsetzen der verordneten Kontaktbeschränkungen über ein tragfähiges Netzwerk verfügten, im Krisenmodus darauf zurückgreifen konnten.“⁸

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf den Ergebnissen der Onlineumfrage.

⁶ Vgl. Fischer/Frank/Hilse-Carstensen i. E.

⁷ Vgl. Fischer/Kretzschmar/Rompczyk i. E.

⁸ Ebd.

Drei Viertel der Befragten äußern, die Corona-Pandemie habe starke Auswirkungen auf die Beteiligungsverfahren gehabt. Durch die Kontaktbeschränkungen konnten zahlreiche Veranstaltungen mit Bürgerbeteiligungen, Arbeitsgruppen und Bevölkerungsbefragungen nicht wie geplant stattfinden und es mussten digitale Möglichkeiten der Beteiligung entwickelt werden. Diese können jedoch die persönliche Interaktion mit Netzwerkpartner*innen und Bürger*innen nur sehr begrenzt ersetzen, so eine Erkenntnis aus den Gruppendiskussionen:

„Diese vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Trägern, dieses Sich-Austauschen, Gespräche führen und das, geht halt nicht am Telefon, das geht auch nicht über Videokonferenz, es geht halt tatsächlich nur im persönlichen Gespräch.“

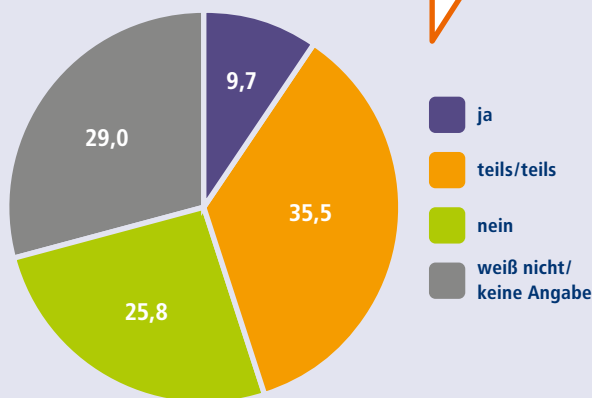
Der Mehrheit der Planungsfachkräfte ist es – auch dank informeller Kommunikation – trotz des temporären Wegbrechens formaler Netzwerkstrukturen gelungen, zumindest einen Teil sozialplanerischer Arbeitsprozesse aufrechtzuerhalten.



4 Den Wert von Sozialplanung anerkennen

GRAFIK 5 | NUTZUNG VON SOZIALPLANUNG ZUR KRISENBEWÄLTIGUNG

Wird integrierte Sozialplanung in Ihrem Landkreis oder Ihrer kreisfreien Stadt als eine Antwort auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie genutzt (z.B. Strukturen, Netzwerke, Kommunikation, Personalressourcen, Schwerpunkte)?



Es bedarf in Krisensituationen einer stärkeren Nachfrage der fachlich-inhaltlichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Sozialplaner*innen.⁹ Sozialplanung kann bspw. Wissen bereitstellen, das zur unmittelbaren Bewältigung sozialer Folgen der Pandemie dient, und darüber hinaus dafür sorgen, dass dieses Wissen in praktisches Handeln innerhalb der Hilfsstrukturen umgesetzt wird. Damit können sowohl die kurz- als auch die langfristigen negativen Folgen von Krisensituationen mindestens abgemildert, evtl. sogar verhindert werden. Diese Möglichkeiten werden von der Leitungsebene jedoch noch nicht hinreichend gesehen, zumindest aber nicht flächendeckend nachgefragt:

„Sozialplanungsprozesse spielen innerhalb der Krisenbewältigung keine Rolle, insbesondere auch, weil noch nicht erkannt wurde, was Sozialplanung leistet und welches Wissen durch sie bereitgestellt werden kann.“¹⁰

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf den Ergebnissen der Onlineumfrage.

Als Beispiele für die zügige Bearbeitung kurzfristig anfallender Bedarfe nennen die Planer*innen unter anderem:

- Unterstützung beim Aufbau von Not-Inobhutnahmestellen,
- Sammlung und Verbreitung von Informationen für das Hilfenetzwerk,
- kurzfristige Aufbereitung von Daten,
- Durchführung einer Umfrage oder die
- Erstellung von Karten/Übersichten mit Verortung von Pflegeeinrichtungen.

Fast die Hälfte der Befragten meint, dass integrierte Sozialplanung zumindest teilweise zur Bewältigung der Krisensituation genutzt werde (vgl. Grafik 5). Dass Sozialplanung während der Corona-Pandemie nicht unmittelbar Teil des kommunalen Krisenmanagements war, bedeutet jedoch nicht, dass die Planer*innen gar nicht gefragt waren.¹¹

⁹ Vgl. Fischer/Frank/Hilse-Carstensen i. E.

¹⁰ Zitat aus der Onlineumfrage „Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Sozialplanung in Thüringen“.

¹¹ Fischer/Frank/Hilse-Carstensen i. E.

5 Sozialplanung in die Regelstrukturen

Sozialplaner*innen in den Thüringer Kommunalverwaltungen agieren mehrheitlich in einer Projektstruktur. Entsprechend hängt die Einschätzung der eigenen Stellung innerhalb der Verwaltung oft mit der Einschätzung der eigenen Kompetenzen sowie von finanziellen und politischen Rahmenbedingungen ab. Im Ergebnis führt dies zu dem Wunsch, dass Sozialplanung sowohl hinsichtlich des Personals (Stichwort ‚Entfristung‘) als auch hinsichtlich der gesetzlichen Grundlage der Jugendhilfeplanung gleichgestellt werden sollte.

Darüber hinaus bestehen Unsicherheiten bzgl. der Sicherheit der eigenen Stelle, die dadurch in Gefahr gesehen wird, dass der inhaltliche Nutzen von Sozialplanung nicht immer von Entscheidungsträger*innen gesehen zu werden scheint. Laut Aussagen der Planer*innen wird Sozialplanung auf der Leitungsebene im Rahmen finanzieller Aspekte mehr als Mittelverwaltungsstelle, denn als Gestaltungsinstrument gesehen. Hinzu kommt, dass den Kommunen durch die Pandemie teils erhebliche Einbußen auf der Einnahmenseite drohen könnten, weshalb einige Sozialplaner*innen ein unsicheres Szenario skizzieren. Vor diesem Hintergrund wird das der Sozialplanung inhärente Potenzial, nicht nur langfristig, sondern (bspw. im Krisenfall) auch kurzfristig-reaktiv wirken und kommunale Finanzmittel zielgerichtet und wirkungsvoll verausgaben zu können, nicht immer ausgereizt.¹²

„Die Planungsstellen sollten auf jeden Fall den Jugendhilfe-Planungsstellen gleichgestellt werden, durch Entfristung der Verträge. Dann hat man das Personal auf Dauer gestellt und wenn dann noch ein gesetzlicher Anspruch dahinter steht – umso toller!“



¹² Ebd.

LESSONS LEARNED

Die Untersuchung des IKPE zeigt, dass Sozialplanung sowohl kurz- als auch langfristig einen sehr wichtigen Beitrag zur Pandemiebewältigung leisten kann. Dazu braucht es „verlässliche und vertrauensvolle Netzwerke und Strukturen sowie die Einsicht von Entscheidungsträger*innen, dass Sozialplanung neben der Erhebung, Auswertung und Verwaltung von Daten und Mitteln ein fundiertes Instrument zur Gestaltung kommunaler Infrastruktur und zur Unterstützung der Pandemiebewältigung ist“¹³. Planungsfachkräfte brauchen sich vor diesem Hintergrund nicht zu scheuen, ihre Ergebnisse klar zu kommunizieren, denn sie sind imstande, einen wertvollen Beitrag zur Bewältigung von Krisensituationen zu leisten.

Falls der Fokus kommunaler Krisenstäbe von der Entwicklung der Infektionszahlen auch auf die sozialen Folgen der Corona-Pandemie erweitert wird, könnte die „große Stunde“ der Sozialplanung schlagen.¹⁴ Dies setzt voraus, dass sowohl der kurz- als auch der langfristige Mehrwert von Sozialplanung im Zuge der Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen von Entscheidungsträger*innen auf der Leitungsebene erkannt wird. Auf eine eventuelle zweite Welle der Pandemie sehen sich die Sozialplaner*innen besser vorbereitet, so eine Erkenntnis aus den Gruppendiskussionen – vorausgesetzt, die kommunale Verwaltungstätigkeit wird nicht noch einmal weitgehend heruntergefahren:

„Wenn es eine Krise gibt, und die Pandemiesituation könnte man ja so bezeichnen, dass es da ganz, ganz wichtig ist, wenn es vorher gut funktionierende Strukturen und gut abgestimmte Bereiche gegeben hat, dass man das in der Krise nutzt. Das kann man übertragen auf die Sozialplanung: Besteht ein gutes Netzwerk, bestehen gute Strukturen, vertrauensvolle Zusammenarbeit – dann kann einem das in so einer Pandemiesituation helfen.“

Die krisenhafte Pandemiesituation hat vieles infrage gestellt, auch das Selbstverständnis der kommunalen Sozialplanung. Gleichwohl hat sich Sozialplanung als krisenfest erwiesen. Sozialplaner*innen konnten generell dann in der Corona-Pandemie erfolgreich sein, wenn es ihnen gelang,

- sich **pragmatisch** auf die neuen Herausforderungen einzulassen,
- eigene Kompetenzen **proaktiv** einzubringen und sich als **Gestalter*innen** anstatt als **Verwalter*innen** zu verstehen,
- aktiv **Wege und Zugänge zu den Adressaten** und deren aktuellen Bedarfen zu suchen,
- Kompetenzen im Umgang mit **digitalen Technologien** gewinnbringend für die Sozialplanung einzusetzen,
- die **vorhandenen Zugänge** zu allen Beteiligten zu nutzen und auszubauen,
- die **Bedeutung von Vernetzung als eigenes Handlungsprinzip** zu stärken und die **eigene Kompetenz als Schnittstelle** intensiver zu betonen und
- wenig Raum für Zweifel an der **eigenen Bedeutung und Legitimation** zu lassen.

¹³ Ebd.

¹⁴ Vgl. ebd.

In der Studie hat sich klar gezeigt, dass Sozialplanung nicht einfach nur im Sammeln und Auswerten von Daten besteht, sondern dass die Gestaltung von Netzwerken einen Kern sozialplanerischen Handwerks bildet. Daraus lässt sich ableiten, dass es den Sozialplaner*innen auch ohne konkrete Erwartungen von außen (Stichwort ‚Krisenstab‘) in der Krise gelang,

- das planerische Aufgabenprofil zu stärken,
- das eigene professionelle Selbstverständnis fortzuentwickeln,
- gestalterisch tätig zu bleiben sowie
- die Wirkung von Planung zu sichern und gerade durch Vernetzung auszuweiten.

Die feste Etablierung der Sozialplanung in der kommunalen Verwaltungsstruktur sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht sollte daher von allen Verantwortlichen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gemeinsam vorangetrieben werden.

Wir sehen es als unseren Auftrag im IKPE, genau diesen Schub an Profilierung und Professionalisierung weiter zu begleiten. Gemeinsam mit den Sozialplaner*innen möchten wir daher Impulse aus den Kommunen in die Fläche tragen und darauf hinwirken, Vernetzung als Kern sozialplanerischen Handelns anzuerkennen und zu befördern sowie auf fachliche und politische Entscheidungsstrukturen einzuwirken, um den Stellenwert von Sozialplanung zu stärken.

Quellenverzeichnis

Andresen, Sabine et al. (2020a):

Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. https://hildok.bsz-bw.de/files/1078/Rusack_JuCo.pdf (letzter Zugriff: 16.09.2020).

Andresen, Sabine et al. (2020b):

Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie KiCo. https://hildok.bsz-bw.de/files/1081/KiCo_FamilienCorona.pdf (letzter Zugriff: 16.09.2020).

Bielefelder Erklärung 2020:

Die Gesellschaft während und nach Corona gestalten – Stimmen aus der Sozialen Arbeit. <https://gilde-soziale-arbeit.de/wp-content/uploads/2020/07/Bielefelder-Erklärung-2020-Gilde-Soziale-Arbeit.pdf>

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (1986):

Handbuch der örtlichen Sozialplanung. Frankfurt am Main: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.

Fischer, J./Frank, L./Hilse-Carstensen, T. (i. E.):

Sozialplanung als Teil der Pandemiebewältigung – Ergebnisse einer empirischen Studie im Freistaat Thüringen, in: Nachrichtendienst des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Berlin: Verlag des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.

Fischer, J./Kretzschmar, J./Rompcyk, K. (i. E.):

Sozialplanung in der Corona-Pandemie, in: Sozialmagazin 9-10/2020. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Heisig, J. P. 2020:

Corona-Krise: Was sind soziale Folgen der Pandemie? <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/coronavirus/307702/soziale-folgen> (letzter Zugriff: 23.07.2020).

Hünersdorf, B./Täubing, V. (Hrsg.) (2020):

SOZ PÄD CORONA – Der sozialpädagogische Blog rund um Corona. <https://sozpaed-corona.de/> (letzter Zugriff: 07.09.2020)

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (Hrsg.) (2020):

COVID-19: Wissenschaft und Forschung in Thüringen. <https://wirtschaft.thueringen.de/forschung-innovation-technologie/corona/> (letzter Zugriff: 07.09.2020).

Impressum

IKPE | Institut für kommunale
Planung und Entwicklung e.V.
Anger 10 | 99084 Erfurt
E-Mail: info@ikpe-erfurt.de

Autor*innen

Jens Kretzschmar, M. A.
Prof. Dr. Jörg Fischer
Dr. Theresa Hilse-Carstensen
Laurence Frank, M. A.

Grafik und Gestaltung

donnerandfriends.de

IKPE-ERFURT.DE



Herausgeber:

IKPE | Institut für kommunale Planung und Entwicklung e. V.

Anger 10

99084 Erfurt

E-Mail: info@ikpe-erfurt.de